

Kampagnen gegen Gewalt an Frauen

Berlin/Frankfurt/Main. Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen haben am Mittwoch mehrere Organisationen Kampagnen gestartet. So wirbt der Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) unter dem Motto »Raus aus der Ohnmacht! Gewalt gegen Frauen gehört ans Licht« um Unterstützung für seine Arbeit.

Der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) forderte Bund und Länder auf, endlich für eine zuverlässige finanzielle Absicherung der rund 360 Frauenhäuser in Deutschland zu sorgen. Die derzeitigen Finanzierungsregelungen erschwerten den von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern den Zugang zu einem Frauenhaus. Besonders hart sei es für Auszubildende, Studentinnen und Frauen aus anderen EU-Ländern sowie Frauen mit geringem Einkommen.

Laut AWO suchen jährlich rund 40000 Frauen und Kinder Schutz in einer der Einrichtungen. Mehr als 90 Prozent von ihnen sind im »erwerbsfähigen« Alter und fallen damit meist in den Geltungsbereich des Sozialgesetzbuches II, das die Grundsicherung für Arbeitsuchende regelt und als Finanzierungsgrundlage für den Frauenhausaufenthalt dient. »Das bedeutet die aufwendige Überprüfung von Erwerbsfähigkeit und Hilfsbedürftigkeit der Frauen sowie eine mögliche Anrechnung von Erspartem«, kritisierte Gabriele Glorius, Vorstandsvorsitzende des Vereins Frauenhauskoordinierung. Frauen mit geringem Verdienst drohe häufig die Verschuldung, wenn sie selbst zur Finanzierung ihres Aufenthalts herangezogen würden. Glorius verlangt daher die Abschaffung der einzelfallbezogenen Tagessätze bei der Finanzierung von Unterkunft und Unterstützung. Es müsse einen »Rechtsanspruch auf Schutz und Zuflucht sowie Beratung und Unterstützung« geben. In der Frauenhauskoordinierung arbeiten AWO, Caritasverband, Diakonisches Werk, Paritätischer Wohlfahrtsverband und Sozialdienst katholischer Frauen sowie Häuser in freier Trägerschaft zusammen. 260 Einrichtungen gehören ihm an.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verlangte, Lehrer in die Lage zu versetzen, »besser mit Gewalt gegen Frauen« umzugehen. Dazu müssten die Kultusministerien für »qualifizierte Fortbildungs- und Supervisionsangebote« sorgen, forderte GEW-Vorstandsmitglied Anne Jenter in Frankfurt am Main. Der Berliner Verein »LesMigraS - Lesbenberatung Berlin« hat eine Kampagne »zu Gewalt- und Mehrfachdiskriminierungserfahrungen von lesbischen, bisexuellen Frauen und transidenten Menschen« gestartet.

(jW)

www.frauen-gegen-gewalt.de (Tel.: 030/32299500),
www.frauenhauskoordinierung.de, www.big-koordinierung.de,
www.lesmigras.de, www.lesbenberatung-berlin.de (Tel. 030/21915090)

<https://www.jungewelt.de/artikel/135324.kampagnen-gegen-gewalt-an-frauen.html>